

Artikel in der Frankfurter Rundschau zur Rede von Maik Pflaum (Dachverbandes kritischer Aktionärinnen und Aktionäre) bei der adidas Hauptversammlung:

Tritt vors Schienbein des Konzernchefs

Globalisierungskritiker mahnen international geltende Sozialklauseln an / Thema spielt bei WTO-Verhandlungen keine Rolle

Von Sven Astheimer

Im Fachjargon würde man wohl von einer Blutgrätsche sprechen. Da hatte Herbert Hainer gerade den Aktionären des Sportartikelherstellers Adidas-Salomon stolz vom "großartigen Jahr" 2002 berichtet und der Drei-Streifen-Firma eine glänzende Zukunft in Gold, Silber und Bronze prophezeit, als ein junger Mann die Bühne erklimmte. Der Redner des Dachverbandes kritischer Aktionärinnen und Aktionäre nahm kein Blatt vor den Mund: Subunternehmer des Herzogenauracher Konzerns in El Salvador beuteten Beschäftigte mit Hungerlöhnen aus; den Arbeitern drohe dazu der Rausschmiss, wenn sie sich gewerkschaftlich organisierten. Ein harter Tritt vor Hainers Schienbein, der in seiner Rede gerade noch davon gesprochen hatte, dass Umwelt- und Entwicklungsorganisationen das ökologische und soziale Adidas-Engagement mittlerweile würdigten.

Doch Maik Pflaum ist die Rolle des Spielverderbers nicht fremd. Im Jahr zuvor prangerte er an der selben Stelle an, dass ein anderer lateinamerikanischer Zulieferer Schwangerschaftstests unter Zwang durchführen lasse, und das Trinkwasser in dessen Fabrik hochgradig mit Bakterien verschmutzt sei. Adidas bestritt dies energisch. Zwei Monate später bestätigte ein ZDF-Team die Anschuldigungen.

Pflaum ist im Auftrag der christlichen Initiative Romero in Lateinamerika unterwegs. Die Münsteraner Gruppe hat mit rund 250 anderen Organisationen die Aktion "saubere Kleidung" ins Leben gerufen, die für bessere Arbeitsbedingungen in der globalen Textilindustrie eintritt. Das Beispiel Adidas, meint Pflaum, sei typisch: Zwar würden große Unternehmen heute - anders noch als vor einem Jahrzehnt - auch eine Verantwortung für ihre Zulieferfirmen anerkennen und sich gewisse Mindeststandards auferlegen. Doch die würden dann häufig unterwandert. "Die externe Kontrolle fehlt", findet Pflaum.

Wer garantiert also, dass Arbeiter und Angestellte in Zeiten der Globalisierung nicht gegeneinander ausgespielt werden und ihre Rechte im Wettbewerb um "Standortvorteile" auf der Strecke bleiben? Das Problem ist mindestens so alt wie das Globalisierungsphänomen selbst. "Seit 30 Jahren bohren wir da schon nach", betont Claus Priegnitz von der IG Metall. Die Gewerkschaften bitten bei ihren Bemühungen um international gültige und rechtlich verbindliche Sozialklauseln aber regelmäßig auf Granit. Deshalb setzen die Arbeitnehmervertreter noch auf ein zweites Pferd: Selbst auferlegte Verhaltenskodizes der Unternehmen. Diese Selbstverpflichtung sei aber nur "die zweitbeste Lösung", räumt Priegnitz ein.

Klaus Heidel beschäftigt sich schon seit längerem intensiv mit diesem "Soft Law": Regeln, die zwar Rechtsverbindlichkeit vorspiegeln, aber nirgendwo einklagbar sind. Nach Einschätzung des Heidelberger Wissenschaftlers existieren rund 500 solcher Verhaltenskodizes. Manche davon seien "das Papier nicht wert", auf dem sie stünden. Auch er sieht in der Überwachung das grundlegende Problem, weshalb das "Soft Law auch nicht überfordert werden" dürfe. Es könne rechtliche Standards lediglich flankieren. Die Garantie von Menschenrechten müsse aber vom Staat geleistet werden.

Im September beginnt im mexikanischen Cancun die nächste Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO). Auf der Tagesordnung stehen der Abbau von Agrarsubventionen und Zöllen, das Dienstleistungsabkommen GATS, Anti-Dumping-Initiativen sowie der Schutz geistigen Eigentums. Die sozialen Aspekte kämen erst gar nicht auf die Agenda, kritisiert die IG Metall. Josef Schraven aus dem - für Deutschland federführenden - Bundeswirtschaftsministerium

kontert mit den realpolitischen Gegebenheiten: Schon innerhalb der Europäischen Union träge eine solche Forderung auf Skepsis. Und Entwicklungsländer wie etwa Indien sähen im Vorstoß für die Sozialrechte eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und vermuteten dahinter eine besonders perfide Form des Neokolonialismus. "Wenn wir das vorbringen", fürchtet Schraven, "wäre die WTO am Ende."

Für Sven Giegold ist das nur eine Ausrede - internationale Sozialrechte seien politisch derzeit einfach nicht gewollt. Der Vertreter der globalisierungskritischen Plattform Attac will die Politik aber nicht aus der Verantwortung entlassen. Der Druck müsse von unten kommen, aus der Zivilgesellschaft. Giegold verweist auf die Anfänge der Emanzipations- und der Umweltbewegung. "Die hielten doch auch alle zunächst nur für Spinner."